



Thomas Stehling ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid.

DIE SPANISCHE EU-RATS-PRÄSIDENTSCHAFT 2010 WAS IST VON DER ERSTEN PRÄSIDENTSCHAFT UNTER DEM LISSABON-VERTRAG ZU ERWARTEN?

Thomas Stehling

Angeschlagen durch die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Beitritt zur Europäischen Union 1986 und ausgestattet mit der niedrigsten Zustimmung aller spanischen Regierungschefs seit 1994 geht José Luis Rodríguez Zapatero in die am 1. Januar 2010 beginnende EU-Ratspräsidentschaft seines Landes. Er erhofft sich von den sechs Monaten bis zur Übergabe an Belgien vor allem innenpolitisch einen Gewinn an Reputation und Respekt. Das Attribut „historisch“ ist ihm für seine EU-Amtszeit bereits sicher, auch wenn er selbst dazu nichts beitragen sollte. Spanien wird die erste „rotierende Präsidentschaft“ unter dem Lissabon-Vertrag innehaben.

Nach einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum im Zeitraum von mehr als zehn Jahren, das viele Spanier zu dem nur schwer erschütterbaren Glauben gebracht hatte, sie hätten das Rezept für immer währenden Wohlstand gefunden, ist die Stimmung seit Beginn der Krise in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 deutlich schlechter.

Nach einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum im Zeitraum von mehr als zehn Jahren, das viele Spanier zu dem nur schwer erschütterbaren Glauben gebracht hatte, sie hätten das Rezept für immer währenden Wohlstand gefunden, ist die Stimmung seit Beginn der Krise in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 deutlich schlechter. Wie auch in Großbritannien lüftet sich in Spanien allmählich der

Schleier, der sich in den Zeiten des Booms über Risiken und Nebenwirkungen des beständigen Aufschwungs gelegt hatte.

Gesellschaftliche und soziale Diskrepanzen, die hohe Individualverschuldung und ein staatliches Haushaltsdefizit, das 2011 auf 74 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen wird, werden in ihren tiefgreifenden Wirkungen erstmals von breiten Schichten der Bevölkerung wahrgenommen. Die Arbeitslosigkeit liegt aktuell bei 19,3 Prozent und soll bis 2011 auf 20,5 Prozent steigen. Mit einem anhaltenden negativen Wachstum wird Spanien möglicherweise das letzte der 27 EU-Mitgliedsländer sein, das die Rezession verlässt. Die gesunkene Inlandsnachfrage, rückläufige Investitionen, das kräftige Handelsbilanzdefizit, Einbußen bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch unflexible Tarifsysteme und die starke Abhängigkeit vom Bausektor und der Tourismusindustrie werden als Gründe dafür genannt. Erstmals für 2011 wird wieder ein moderates Wachstum von rund einem Prozent prognostiziert.

Die Optimisten verweisen gleichwohl auf das „Polster“, das sich Spanien in den Zeiten des Booms zugelegt habe. Davon könne das Land eine Weile zehren.

DAS VERTRAUEN IN DIE POLITISCHE FÜHRUNG DES LANDES SINKT

In dieser Lage verlangen die Spanier nach politischer Führung. Was ihnen dazu geboten wird, lässt viele kaum hoffen. So verwundert es nicht, dass in den jüngsten Umfragen 72 Prozent erklären, sie hätten wenig oder kein Vertrauen in Zapatero, und beachtliche 80 Prozent gleiches über seinen bürgerlichen Herausforderer Rajoy, den Vorsitzenden der PP, sagen. Angesichts der schieren Verzweiflung über die Qualität des politischen Führungspersonals in der Hauptstadt verschärfen sich die Diskussionen über noch weitergehende Autonomierechte der 17 spanischen Regionen. Wem das Vertrauen in die Fähigkeit der politischen Elite abhanden kommt, das Land aus der Krise herauszuführen, der scheint in Spanien geneigt zu sein, sich verstärkt dem Kampf für zweisprachige Verkehrsschilder als Ausdruck der Distanzierung von der Zentralregierung zuzuwenden.

Dies alles hat sehr wohl auch mit der spanischen EU-Ratspräsidentschaft zu tun. Für die meisten Spanier verbinden sich Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mit ihrer Teilhabe in der Europäischen Union. Rund 51 Prozent sehen in der EU die Institution, der sie am meisten trauen. Die Hoff-

nung, aus der gegenwärtigen Rezession herauszukommen, machen die Spanier weitgehend an Europa fest. Wenn dort, so glaubt man, wieder „Dampf auf dem Kessel“ ist, springen auch in Spanien die Turbinen an.

Für Zapatero wird es innenpolitisch darauf ankommen, diese Hoffnung und das darauf gerichtete politische Handeln zu repräsentieren. Sein Stellenwert zu Hause hängt ganz entscheidend davon ab, dass er Person und Institution während der nächsten sechs Monate mit Gewicht versehen kann. Ansonsten wird er weiter politisch Schaden nehmen und es wird bei Katalanen, Galiziern oder Basken wie andernorts in Belgien oder Grossbritannien die Auffassung wachsen, das der nationale Zusammenhalt angesichts der starken und unbestrittenen europäischen Klammer ohne Probleme weiter gelockert oder sogar ganz in Frage gestellt werden kann.

DIE EIGENE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT EHER PFLICHT ALS KÜR?

Wenn also politisches Prestige auf der Waagschale liegt und innenpolitische Zwänge die Präsidentschaften der EU erschweren, wird die Umsetzung des Vertrages von Lissabon und die neue Rollenverteilung in der Praxis wohl eher als ein Akt der Verwaltung wahrgenommen werden und nicht als eine historische Anstrengung.

Wenn also politisches Prestige auf der Waagschale liegt und innenpolitische Zwänge die Präsidentschaften der EU erschweren, wird die Umsetzung des Vertrages von Lissabon und die neue Rollenverteilung in der Praxis wohl eher als ein Akt der Verwaltung wahrgenommen werden und nicht als eine historische Anstrengung. Schwer vorstellbar ist, dass sich ausgerechnet der prominenteste politische Akteur

Spaniens während der sechs Monate Präsidentschaft von der europäischen und internationalen Bühne zurückziehen wird, um diese dem neuen EU-Ratspräsidenten zu überlassen, während – mit Ausnahme des Außenministers – die jeweiligen Fachminister ihren Gremien vorsitzen oder Ergebnisse der Öffentlichkeit vermitteln können. Die Spanier scheinen deshalb an ein Kollegium zu denken, das künftig die Entscheidungen des Rates vorbereitet und begleitet. Es soll aus dem EU-Ratspräsidenten und dem Regierungschef der rotierenden Präsidentschaft bestehen, dazu dem Präsidenten der Kommission und gegebenenfalls dem Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik.

Unklar bis heute scheint zu sein, ob der Regierungschef der „rotierenden Präsidentschaft“ in dieser Eigenschaft weiterhin

ausländische Gäste empfangen kann oder ob dies vollständig auf den EU-Ratspräsidenten übergeht. Hinzu kommt die Frage, wer Gastgeber sein kann, wenn voraussichtlich im Juni die Staats- und Regierungschefs der EU mit dem amerikanischen Präsidenten Obama in Barcelona zusammenkommen? Eine der Schlussfolgerungen aus diesen protokollarischen Problemen scheint zu sein, künftig alle „Gipfel“ der EU in Brüssel abzuhalten. Die Spanier jedenfalls wollen dem neuen EU-Ratspräsidenten nach Auskunft von Ministerpräsident Zapatero „volle Unterstützung“ geben. Eine Koordinierungsrolle wird auch in der „Teambildung“ mit den beiden nachfolgenden Präsidentschaften Belgien und Ungarn notwendig sein. Mit beiden Ländern hat sich die spanische Regierung auf ein gemeinsames Papier verständigt, das Schwerpunkte bis Mitte 2011 enthält. Dieses Papier ist ambitioniert, weitreichend und enthält folgende zentrale Punkte: Die Umsetzung und Ausführung des Vertrages von Lissabon, die Aufarbeitung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Ausarbeitung einer „Post-Kopenhagen“-Strategie zum Klimawandel, die EU-Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, die Revision der Lissabon-Strategie sowie die Formulierung einer neuen Agenda zur Gleichstellung der Geschlechter und des Kampfes gegen Armut und soziale Ungleichheit. Damit eignet sich die Liste als vorweihnachtlicher Wunschzettel für ein starkes, einheitliches und integriertes Europa.

Hinzu kommt die während der spanischen Präsidentschaft erwartete Präsentation der Ergebnisse der „Reflection Group“ unter Vorsitz des früheren spanischen Ministerpräsidenten Felipe González. Von ihr sollen weitere Impulse für die Zusammenarbeit in Europa ausgehen.

Für die spanische Innenpolitik werden der Gipfel im Juni in Barcelona sowie der EU-USA-Gipfel von besonderer Bedeutung sein. In die Amtszeit fällt auch das Treffen der EU mit Lateinamerika und damit dem Kontinent, mit dem Spanien traditionell besonders enge Beziehungen unterhält. Die starken wirtschaftlichen Interessen insbesondere seiner Banken, Telekommunikationsunternehmen und der Bauwirtschaft lassen erwarten, dass Spanien die übrigen EU-Partner während der Präsidentschaft auf größere Anstrengungen zur politischen Stabilisierung Lateinamerikas zu verpflichten versuchen wird.

Für die spanische Innenpolitik werden der Gipfel im Juni in Barcelona sowie der EU-USA-Gipfel von besonderer Bedeutung sein. In die Amtszeit fällt auch das Treffen der EU mit Lateinamerika und damit dem Kontinent, mit dem Spanien traditionell besonders enge Beziehungen unterhält.

In jedem Fall zeigen sich die Spanier für ihre Präsidentschaft sowie die achtzehn Monate, die sie zusammen mit Belgien und Ungarn gestalten wollen, nach Auskunft von Ministerpräsident Zapatero „voller Ambitionen und Ziele“.

Kritiker meinen dagegen, die drei Regierungen hätten sich eher zu viel vorgenommen, ihre Ziele zu ungenau definiert sowie Planung und Umsetzung nicht hinreichend mit den übrigen EU-Mitgliedern vernetzt.

Am 18. Januar 2010 will Ministerpräsident Zapatero dem Europäischen Parlament das Programm für seine Präsidentschaft vorstellen. Nimmt man die vorläufige Planung der Spanier, ergänzt um die Vorhaben des Trios sowie die Ankündigungen aus Reden und Zeitungsbeiträgen, entsteht in der Tat eine Programmatik mit vielen Einzelpunkten. Hierzu gehören die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Einführung einer Post-Lissabon-Strategie und eines „EU External Action Service“, ein effektiver Kampf gegen illegale Immigration und die Stärkung der Bürgerrechte in der EU. Zudem will sich Zapatero für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe einsetzen.

DIE SCHWERPUNKTE DER SPANISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Es lohnt sich, einige der Schwerpunkte genauer anzuschauen, da hierbei zwar die Auffassungen des Trios in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik offengelegt werden, gleichzeitig allerdings der Unterschied zu den Vorstellungen der anderen Mitgliedsländer deutlich wird.

Dazu zählt die „Post-Lissabon-Strategie 2020“, die auf dem Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs diskutiert und anschließend eingeführt werden soll. Sie soll die „wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Herausforderungen, ergänzt um die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes, aufnehmen und gemeinsame, realistische Ziele setzen, mit Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung“.

Dazu zählt die „Post-Lissabon-Strategie 2020“, die auf dem Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs diskutiert und anschließend eingeführt werden soll. Sie soll die „wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Herausforderungen, ergänzt um die Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes, aufnehmen und gemeinsame, realistische Ziele setzen, mit Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung“. Die drei Länder wollen es nach der Kritik an der Umsetzung der bisherigen Lissabon-

Strategie jedoch nicht bei Empfehlungen und Beschlüssen belassen, sondern nehmen die Frage der Implementierung

mit auf. Hierzu soll von Beginn an der Kreis der Beteiligten um insbesondere regionale und lokale Verantwortliche sowie weitere *Stakeholder* aus dem nicht-staatlichen Bereich erweitert werden. Einbezogen werden sollen auch die jüngsten Erfahrungen mit den jeweiligen nationalen Reaktionen (z. B. Konjunkturprogrammen) auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Das Trio setzt sich für die vollständige Umsetzung des gemeinsamen Marktes mit der Gewährleistung aller Freiheiten für Bürger und Wirtschaft ein. Hinzu kommt ein einheitlicher Markt für Urheberrechte und Finanzdienstleistungen. Auch der Konsumentenschutz muss künftig vereinheitlicht werden. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Forschung und Entwicklung in Europa und die Schaffung eines „einheitlichen Forschungsraumes“. Schließlich sollen kleine und mittlere Unternehmen durch eine „gemeinsame Politik“ der EU ihren verdienten Stellenwert erhalten. Angesichts der gewachsenen Bedeutung der „externen Dimension“ soll die „Post-Lissabon-Strategie“ nach dem vorläufigen Papier des Trios auch die externen Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der EU aufnehmen, die Bedeutung „offener Märkte in Europa und überall in der Welt“ hervorheben und die „Anerkennung von Wettbewerb als Motor von Effektivität, Innovation und Wachstum“ verdeutlichen. Strittig dürfte die Frage sein, ob, und wenn ja wie, die nationalen Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedsländer in Brüssel koordiniert werden sollten. Hier gibt es in Spanien eine zustimmende Grundhaltung.

Das Trio verweist schließlich auch darauf, dass die Fokussierung auf eine europäische Wirtschaft, die „wettbewerbsfähig, emissionschonend, ressourcen-effizient und nachhaltig“ sein müsse, nicht den Blick auf die sozialen Probleme innerhalb der EU verstellen dürfe. Deshalb müssten die sozialen Spannungen und Konzepte zu ihrer Überwindung Bestand der neuen Strategie werden.

Zusammen mit der Kommission und den Mitgliedsländern wollen Spanien, Belgien und Ungarn daher an einer neuen europäischen „Sozial-Agenda“ arbeiten. Dazu dient zunächst die Bewertung der Umsetzung der auf die Jahre 2008 bis 2010 ausgerichteten „Renewed Social Agenda: Opportunities, Access and Solidarity in 21st-Century Europe“. Darin einfließen soll der „European Youth Pact“, der „European Pact for Gender Equality“ und der „European Pact for the Family“. Ein

weiteres gemeinsames Anliegen ist der Kampf gegen die Armut. Das Trio möchte deshalb im Jahr 2010 ein „European Year for Combating Poverty and Social Exclusion“ organisieren.

Zu den weiteren Punkten der „Social Agenda“ gehört die Verpflichtung der EU, die Mitgliedsstaaten bei der Stärkung und Verbesserung ihrer Gesundheitssysteme zu unterstützen. Dies gelte insbesondere mit Blick auf den Schutz der Schwächeren in der Gesellschaft, der Kinder sowie alter und behinderter Menschen.

Zu den weiteren Punkten der „Social Agenda“ gehört die Verpflichtung der EU, die Mitgliedsstaaten bei der Stärkung und Verbesserung ihrer Gesundheitssysteme zu unterstützen. Dies gelte insbesondere mit Blick auf den Schutz der Schwächeren in der Gesellschaft, der Kinder sowie alter und behinderter Menschen. Auch die Gleichstellung der Geschlechter, die Rechte Behinderter und die volle Integration der Sinti und Roma sollen stärker als bisher in den Fokus rücken.

Naturgemäß nehmen die Fragen zur Zukunft der Wirtschafts- und Finanzsysteme in Europa einen wichtigen Platz ein. Dazu wird es einen Sondergipfel im Februar geben. Die spanische Präsidentschaft spricht sich in der Folge für eine „bessere Regulierung und Überwachung“ der Finanzmärkte aus. Darüber hinaus sollen die von der schwedischen Präsidentschaft begonnenen Schritte zu größerer Transparenz und besseren Bewertungsmöglichkeiten bei Finanzprodukten führen. Rating-Agenturen sollen reguliert und die Rolle der internationalen Finanzorganisationen mit dem Ziel verbessert werden, einen Rahmen für ein stabiles Finanzsystem zu schaffen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Euro-Zone gelten, die als Stabilisierungsfaktor in der Finanzkrise angesehen wird.

Zudem unterstützt das Trio neue europäische Institutionen zur Überwachung der Finanzmärkte.

Im Bereich von Energie und Klimaschutz sprechen sich Spanien, Belgien und Ungarn für eine Verbesserung der Energiesicherheit als Voraussetzung für stabiles Wirtschaftswachstum aus. Es sollen Lehren aus der Versorgungskrise gezogen werden. Dabei geht es insbesondere um die Diversifizierung der Energie-Ressourcen und ihrer Herkunft sowie die Versorgungswege nach und innerhalb Europas. Zusätzlich setzt sich das Trio für eine größere Transparenz auf dem Energiemarkt sowie für mehr Energieeffizienz ein. Diese Maßnahmen sollen zu einer gefestigten Solidarität unter den Europäern im Falle von Versorgungsproblemen führen. Es wird angestrebt, wäh-

rend der Präsidentschaften ein neues Energie- und Klimapaket und – auf Grundlage der „Strategic Energy Review“ der Kommission – für die Jahre 2010 bis 2012 den „Energy Action Plan for Europe“ zu verabschieden. Unterstützt werden sollen dabei Maßnahmen zur größeren Effizienz beim Einsatz von Energien im Hausbau, bei Infrastrukturprojekten sowie dem öffentlichen und privaten Transport. In diesem Zusammenhang soll auch das Transeuropäische Verkehrsnetzwerk einer Überprüfung unterzogen werden.

Naturgemäß wird die Aufarbeitung des Kopenhagener Klimagipfels und die Umsetzung möglicher Beschlüsse eine hohe Priorität auf der Agenda der EU-Präsidentschaft haben. Eine stärkere Vernetzung und abgestimmte Vorgehensweise wird auch für den Bereich der erneuerbaren Energien angestrebt. Das Trio will für die Zeit nach 2010 eine „European Biodiversity Strategy“ vorbereiten und dabei besonderes Augenmerk auf die Wasserversorgung und das Wasser-Management legen, um den Zugang zu frischem und sauberem Trinkwasser für die Zukunft sicherzustellen. In Ergänzung dazu soll die neue „European Maritime Policy“ umgesetzt und sollen neue Anstrengungen unternommen werden, um die Umweltbelastungen der europäischen Meere zu verringern.

Beginnen werden die Vorbereitungen für die gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013. Das Trio erkennt die strategische Bedeutung des Agrarsektors an und strebt danach, die zwei Säulen der europäischen Agrarpolitik zu sichern: Die nachhaltige, gesicherte Versorgung mit Lebensmitteln von hohem Qualitätsstandard und das Eingehen auf die globalen Herausforderungen sind dabei von Bedeutung. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang auch der Überprüfung der gemeinsamen Fischereipolitik der EU bis zum Jahre 2012.

Beginnen werden die Vorbereitungen für die gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013. Das Trio erkennt die strategische Bedeutung des Agrarsektors an und strebt danach, die zwei Säulen der europäischen Agrarpolitik zu sichern: Die nachhaltige, gesicherte Versorgung mit Lebensmitteln von hohem Qualitätsstandard und das Eingehen auf die globalen Herausforderungen sind dabei von Bedeutung.

In den Bereichen Justiz, Freiheitsrechte und Sicherheit stellen sich Spanien und die nachfolgenden Präsidentschaften auf die Einführung des neuen „Stockholm-Programmes“ ein, welches das bisherige „Haager Programm“ ersetzen wird. In diesem Zusammenhang will das Trio sicherstellen, dass die Bürger in Europa „den höchstmöglichen Schutz ihrer Rechte sowie einen fairen und einfachen Zugang zu den Gerichten“ erhalten. Gearbeitet werden soll an einer „Europäischen

Rechtszone“, mit einer größeren Vereinheitlichung in der Gesetzgebung sowie einer abgestimmten Anerkennung und Umsetzung von Gerichtsentscheidungen. Die Vertiefung und Erweiterung des Schengen-Raumes wird angestrebt. Eine engere Abstimmung ist nach Auffassung des Trios bei der gemeinsamen europäischen Politik zu Migration und Asyl erforderlich. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit bei der Prävention und Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus, wo eine engere Vernetzung der Mitgliedstaaten und zuständigen Organisationen gefordert wird.

Beim Thema EU-Erweiterung soll es bei den Beschlüssen des Rates vom Dezember 2006 bleiben. Der Beitritt Kroatiens und Islands wird vorbereitet, und für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen „dauerhafte und sichtbare Fortschritte“ erreicht werden, das Land zugleich aber auch zu „vorzeitigen Reformen“ ermutigt werden. Bei einem Treffen der Außenminister von Spanien und der Türkei im November 2009 in Córdoba hat Spanien seine Sympathien für eine türkische Mitgliedschaft erneuert. Besondere Aufmerksamkeit mit Blick auf einen späteren Beitritt gilt der Entwicklung und Stabilisierung auf dem westlichen Balkan sowie dem „Thessaloniki-Programm“.

Gearbeitet werden soll an der Umsetzung des Konzeptes der „Östlichen Partnerschaft“ sowie der „Mittelmeerunion“. Hier wird Spanien mit der Einrichtung des Sekretariats der Mittelmeerunion und Festlegung erster Schwerpunkte eine besondere Rolle zukommen. Eine Aktivierung und Erweiterung des Komitees der Regionen gehört zu den Überlegungen für die aktive Ausgestaltung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum.

In der Außen- und Sicherheitspolitik will Spanien dazu beitragen, die neuen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nach dem Lissabon-Vertrag umzusetzen. Die Präsidentschaft bekennt sich in diesem Zusammenhang zu Verbesserungen in der „Effektivität, Schlüssigkeit und Sichtbarkeit“ der EU-Außenbeziehungen als Beitrag zu einer besseren Vermittlung der Werte und Interessen Europas in einem System multilateraler Beziehungen. Dazu sollen auch die zivilen und militärischen Kapazitäten weiterentwickelt werden. Sie sollen es ermöglichen, dass die EU Beiträge zum internationalen Krisenmanagement sowie zur Stabilisierung und Konfliktlösung leisten kann. Sie will dabei die enge Zusammenarbeit und

Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der NATO und der OSCE fortsetzen. Schutz und Förderung von Menschenrechten und deren Berücksichtigung in allen Entscheidungen der EU bleiben eine der obersten Prioritäten.

Mit Blick auf die Millenium-Ziele in der Entwicklungshilfe soll die EU ihre Rolle als weltweit größter Geber fortsetzen und in strategische Partnerschaften mit den Entwicklungsländern überführen. Dabei sollen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für diese Länder besonderes Augenmerk erhalten, ebenso wie Versorgungsprobleme bei Nahrungsmitteln und anderen Grundstoffen. In Fragen des Klimawandels und der Nutzung natürlicher Energien will man sich noch stärker als bisher engagieren.

Mit Blick auf die Millenium-Ziele in der Entwicklungshilfe soll die EU ihre Rolle als weltweit größter Geber fortsetzen und in strategische Partnerschaften mit den Entwicklungsländern überführen. Dabei sollen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für diese Länder besonderes Augenmerk erhalten, ebenso wie Versorgungsprobleme bei Nahrungsmitteln und anderen Grundstoffen.

Auf der Agenda der Präsidentschaft stehen schließlich auch noch die Vorbereitungen auf die Haushaltsvorschau der EU für die Jahre 2014 bis 2020. Ihre eigenen Kosten für die Zeit der Präsidentschaft hat die spanische Regierung bereits festgelegt. Sie rechnet für die sechs Monate mit einem Budget von 55 Millionen Euro. Damit bleibt einiges für Spanien zu tun in den ersten sechs Monaten im Jahr 2010.